

Ein Birmanischer Weg zur Demokratie? Zu den Chancen politischen Wandels in einer "Orientalischen Despotie"*

JÜRGEN RÜLAND

I. Einleitung

Birma übte in der Vergangenheit große Faszination auf westliche Entwicklungstheoretiker aus. In den 70er Jahren, der Blütezeit modernisierungskritischer Dependencia- und Dissoziationstheorien, galt Birma wegen seines selbstgewählten Isolationismus und des von seinen Machthabern propagierten "Burmese Way to Socialism" als Musterbeispiel für einen eigenständigen "Dritten Weg" jenseits der herkömmlichen kapitalistischen und marxistischen Entwicklungsmodelle. Stellvertretend für andere sei hier Otto Kreye zitiert, der Birma zu den wenigen Dritte-Welt-Staaten rechnet, die von den typischen krisenhaften Begleiterscheinungen des peripheren Kapitalismus wie Massenarmut, Landflucht und Auslandsverschuldung verschont geblieben seien².

Doch spätestens der Volksaufstand des Jahres 1988 machte deutlich, daß dieses idyllisierende Birma-Bild ein Mythos war. Das herrschende Regime unter dem alternden Ex-General Ne Win hatte offensichtlich jegliche Legitimität verspielt.

Was war 1988 geschehen? Zur Beantwortung dieser Frage muß man zunächst etwas weiter ausholen. Im August 1987 trat Gen. Ne Win mit dem Eingeständnis an die Öffentlichkeit, daß Birmas Entwicklung deutlich hinter den Planzielen zurückgeblieben sei. Ne Win räumte Fehler der Regierung ein und kündigte Reformen an, die auf eine Lockerung der rigiden Planwirtschaft hinausliefen. Es wirkte jedoch wie ein Schock, als die Regierung kurz darauf alle großen Banknoten, rund 80% des umlaufenden Geldes, mit sofortiger

* Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg am 16. Dez. 1989.

2 Vgl. Otto Kreye, *Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung oder Rekolonialisierung der Entwicklungsländer*, in: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.), *Kolonialismus und Kolonialreiche*, 5. Tübinger Gespräch zu Entwicklungsfragen, 11.-12. Mai 1984, Materialien zum Internationalen Kulturaustausch, Vol. 24, Stuttgart 1985, S. 331. Ähnlich äußern sich Hal Hill und Sisira Jayasuriya, *An Inward-Looking Economy in Transition. Economic Development in Burma since the 1960s*, Singapore 1986, S. 7.

Wirkung ersatzlos aus dem Verkehr zog. Mit einem Schlag waren die ohnehin mageren Ersparnisse vieler Birmanen wertlos geworden³.

Diese Demonetarisierung spitzte den in weiten Kreisen der Bevölkerung angesichts wirtschaftlichen Verfalls, Versorgungsengpässen und politischer Repression seit geraumer Zeit angestauten Unmut gefährlich zu. Während zunächst lediglich die Studenten auf die Straße gingen, herrschte im Lande eine angespannte Ruhe.

Banale Anlässe brachten das Faß dann im März 1988 zum Überlaufen. Bei einem Teehausstreit in einem Vorort von Rangoon wurde ein Student von eingreifenden Sicherheitskräften erschossen. Von nun an eskalierten die Ereignisse in rascher Folge. Der studentische Zorn politisierte sich und richtete sich voll gegen die Staatsmacht. Brutale Polizeieinsätze mit Dutzenden von Toten und Massenverhaftungen konnten die nun auf die gesamte Bevölkerung übergreifende Mobilisierung nur vorübergehend eindämmen. Im Juni und Juli griffen spontane, von den Universitäten ausgehende und vom buddhistischen Klerus unterstützte Massendemonstrationen von Rangoon auf nahezu alle Städte des Landes über und brachten das Regime in arge Bedrängnis. Auf einem Sonderparteitag der Burma Socialist Program Party (BSPP), der 1962 von Ne Win gegründeten Einheitspartei, gab dieser seinen Parteivorsitz auf und erklärte seinen Rückzug aus der aktiven Politik. Doch in Gen. Sein Lwin wurde ausgerechnet der Mann zum neuen Partei- und Regierungschef berufen, den die Birmanen infolge seiner unrühmlichen Rolle bei der Niederschlagung der März-Unruhen und früherer Proteste den "Schlächter" nennen. Die Berufung Sein Lwins löste einen landesweiten Generalstreik aus, den er nach bewährtem Rezept gewaltsam zu brechen suchte. Die Greuelthaten des von ihm befohlenen Armeeeinsatzes sind nur noch mit dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking vergleichbar. Mehr als 1,000 unbewaffnete, vielfach minderjährige Demonstranten kamen dabei ums Leben. Dennoch war Sein Lwins Position unhaltbar geworden; er trat zurück. Die folgende Regierung unter dem Zivilisten Dr. Maung Maung versuchte die Krise durch taktische Konzessionen an die sich allmählich auch organisatorisch formierende Opposition zu entschärfen. Ohne echte Zugeständnisse verhärteten sich jedoch die Fronten von Neuem. Als sich dabei die öffentliche Ordnung zunehmend auflöste, putschte am 19. September 1988 das Militär unter der Führung von Gen. Saw Maung. Erneut schoß die Armee wahllos auf Regimegegner, wieder kamen hunderte von Demonstranten um; der Wi-

derstand brach zusammen, eine als "State Law and Order Restoration Council" (SLORC) firmierende Militärjunta übernahm die Staatsgewalt⁴.

Trotz dieser augenscheinlichen Wiederherstellung des "ancien regime" sehen politische Beobachter Birma heute in einer Phase des Umbruchs. So wird vielleicht auch verständlich, warum ausgerechnet nach dem Coup unter Birma-Experten eine lebhafte Debatte über die Chancen politischen Wandels in Gang kam. Dabei trafen sich die meisten Beobachter in der Auffassung, daß eine Liberalisierung in näherer Zukunft durchaus denkbar sei:

- Die einen verwiesen dabei auf die diversen demokratischen Konzessionen, mit denen die Regierung Saw Maung der Opposition entgegengekommen sei⁵.
- Andere hingegen setzen darauf, daß die Volkserhebung eine solche politische Mobilisierung der Bevölkerung erzeugt habe, daß eine Rückkehr zum status quo ante nicht mehr möglich sei⁶.

In den folgenden Ausführungen geht es mir vor allem darum, zu überprüfen, inwieweit solche Erwartungen der Realität standhalten. Ich werde dabei versuchen, meine Gegenthese zu erhärten, daß die Aussichten für friedlichen Wandel in Richtung eines offeneren politischen Systems langfristig wenig ermutigend sind.

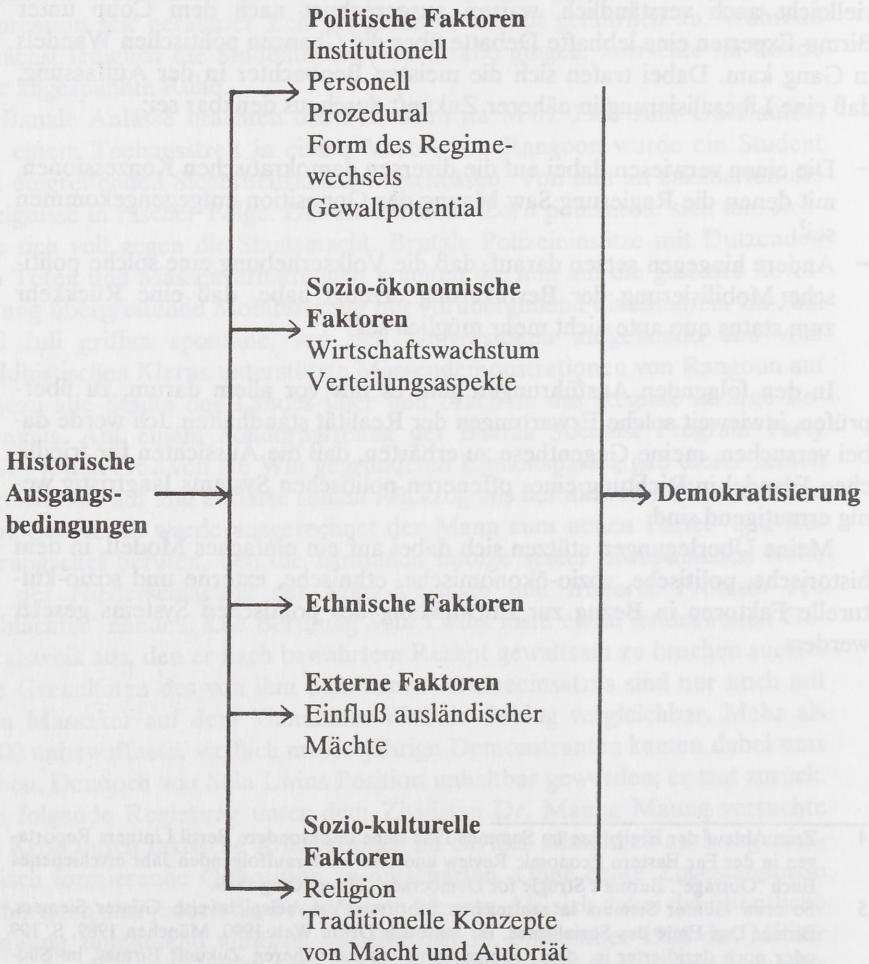
Meine Überlegungen stützen sich dabei auf ein einfaches Modell, in dem historische, politische, sozio-ökonomische, ethnische, externe und sozio-kulturelle Faktoren in Bezug zur Entwicklung des politischen Systems gesetzt werden.

4 Zum Ablauf der Ereignisse im Sommer 1988 siehe insbesondere Bertil Lintners Reportagen in der *Far Eastern Economic Review* und sein im darauffolgenden Jahr erschienenes Buch "Outrage". *Burma's Struggle for Democracy*, Hong Kong 1989.

5 So etwa Günter Siemers in zahlreichen Schriften. Vgl. beispielsweise Günter Siemers, *Birma: Das Ende des Sozialismus*, in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1990, München 1989, S. 199 oder noch dezidiierter in: ders., *Einige Szenarios zur näheren Zukunft Birmas*, in: *Südostasien aktuell*, März 1989, S. 171-178. Ähnlich optimistisch äußerte sich auch der damalige australische Botschafter in Birma, Christopher Lamb, über das Regime in Rangoon ebenso das japanische Außenministerium anläßlich der Anerkennung des Saw Maung-Regimes am 17. Februar 1989. Siehe *Far Eastern Economic Review*, 16. März 1989, S. 20.

6 Vgl. Bertil Lintner (Anm. 3), S. 239; Moksha Yitri, *The Crisis in Burma. Back from the Heart of Darkness?*, in: *Asian Survey*, Vol. XXIX, No. 6, June 1989, S. 555; ähnlich auch James F. Guyot und John Badgley, *Myanmar in 1989. Tatmadaw V.*, in: *Asian Survey*, Vol. XXX, No. 2, February 1990, S. 195.

Demokratisierung und gesellschaftliche Einflußfaktoren in der Dritten Welt



Zusammengestellt nach Robert A. Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven and London 1971 und Samuel Huntington, *Will More Countries Become Democratic?*, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 99, No. 2, 1984, S. 199-214. Modifikationen vom Autor.

II. Politische Faktoren

Im Vordergrund der Debatte um politischen Wandel in Birma stehen die tagpolitischen Ereignisse seit der Machtübernahme durch die Militärs, insbesondere die Tragweite ihrer Konzessionen an die Opposition. Diese lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Verabschiedung eines Parteiengesetzes, in dem der Führungsanspruch der Burma Socialist Program Party (BSPP) aufgegeben und ein Mehrparteiensystem zugelassen wird;
- die Auflösung der Burma Socialist Program Party;
- den Erlaß eines Wahlgesetzes;
- die Anberaumung freier Wahlen für den 27. Mai 1990.

Bisher allerdings konnte die Junta den Beweis nicht erbringen, daß diese Maßnahmen mehr sind als die substanzlose Kosmetik, mit der autoritäre Regime sich üblicherweise ein Minimum an demokratischer Legitimität zu verschaffen suchen. Zugegeben: die Machthaber gestatteten schon kurze Zeit nach dem Putsch die Formierung politischer Parteien. In der Folge ließen sich bis Mitte 1989 nicht weniger als 233 politische Parteien registrieren⁷. Doch eine derartig chaotische Parteienlandschaft ist kein Charakteristikum für eine erfolgversprechende Demokratisierung; sie trägt von Anbeginn den Keim der Selbstparalysierung in sich.

Gleichwohl kristallisierten sich seit Ende 1988 einige Parteien mit Massengefolgschaft heraus. Da ist einmal, als Nachfolgeorganisation der BSPP, die regimenahe National Unity Party (NUP), die allerdings in puncto organisatorischer Geschlossenheit und Mobilisierungskapazität nur ein matter Abglanz ihrer Vorläuferin ist. Weitaus populärer ist - wie die Wahlen im Mai 1990 nachdrücklich bestätigen - die National League for Democracy (NLD), die Partei, in der sich führende Exponenten der Opposition zusammengefunden haben.

Dennoch konnte weder im Vorfeld der Wahlen noch danach von einem freien politischen Wettbewerb die Rede sein. Zu restriktiv sind die herrschenden Bestimmungen für politische Betätigung: dazu gehören Ausgangssperren, die Schließung der Schulen und Universitäten, Versammlungsverbote⁸ und die massive Einschüchterung von Sympathisanten und Funktionären oppositio-

⁷ The Nation Review, 9. März 1989, S. 4.

⁸ Gemäß Order 2/88 ist es Gruppen von mehr als fünf Personen untersagt, sich (außerhalb geschlossener Räume) zu versammeln, politische Parolen zu verkünden, zu agitieren, Reden zu halten oder einen Demonstrationszug zu bilden. The Nation Review, 16. November 1989, S. 8.

neller Parteien durch Militär, Polizei und den allgegenwärtigen Geheimdienst. Meinungs- und Pressefreiheit⁹ sind nicht existent - das Informationsmonopol liegt bei der Regierung.

Die Bemühungen der NLD und anderer Oppositionsparteien, eine organisatorische Infrastruktur aufzubauen, versuchte die Regierung im Keime zu ersticken. Allein für 1989 wird von weit mehr als 4,000 politisch motivierten Verhaftungen berichtet¹⁰.

Dem gleichen Ziel diene auch die Ausschaltung der Oppositionsführung. Gen. Maj. Tin U, der Vorsitzende der NLD, wurde von einem Militärtribunal zu einer dreijährigen Haftstrafe wegen angeblich staatsfeindlicher Umtriebe verurteilt, während Aung San Suu Kyi, die populäre Generalsekretärin der Partei, und der greise frühere Premierminister U Nu für unbestimmte Zeit unter Hausarrest gestellt wurden. Alle drei Oppositionsführer waren damit automatisch für die Parlamentswahlen disqualifiziert.

In Rangoon, Mandalay und anderen größeren Städten des Landes¹¹ begann die Regierung Anfang 1989 die Bewohner ganzer Stadtviertel in infrastrukturell völlig unerschlossene, malariaverseuchte Gebiete am Stadtrand umzusiedeln. Ziel dieser Aktion, von der landesweit fast eine halbe Million Menschen betroffen sein sollen, ist die Zerschlagung urbaner Hochburgen der Regimegegner¹².

Nachdem die Junta vor den Wahlen alle nur erdenklichen Maßnahmen ergriffen hatte, die Opposition zu schwächen, kam es beim Urnengang selbst zu keinen nennenswerten Manipulationen. Dies mag viele Beobachter überrascht haben. Zweifelsohne war dies eine ans westliche Ausland gerichtete Maßnahme. Mit ihr verband sich die Hoffnung, daß mit der Einlösung des Versprechens "freie und faire Wahlen" abzuhalten, die dringend benötigte, nach dem Putsch stornierte, westliche Entwicklungshilfe wieder fließen würde.

Doch das Kalkül der Junta ging nicht auf. Zu sehr hatte sie ihre eigene Unpopularität unterschätzt. Die oppositionelle NLD feierte einen erdrutschartigen Wahlsieg und eroberte bei rund 60% der abgegebenen Stimmen 392 von 485 Parlamentssitzen, während die regierungsnahe NUP bei 21% ganze

Ort und Zeit von Wahlveranstaltungen bedurften amtlicher Festlegung, und Wahlredner mußten ihre Redemanuskripte von der staatlichen Zensur absegnen lassen. Symptomatisch ist auch die Ausschaltung der regierungskritischen, liberal eingestellten Anwaltskammer Ende August 1989. Siehe hierzu die *Far Eastern Economic Review*, 5. Oktober 1989, S. 23.

10 Diese Zahl nannte der Deputy Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs, Daniel Lambertson, vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zur Situation in Birma. Siehe *Bangkok Post*, 2. Mai 1990, S. 1.

11 So in Taunggyi, Prome, Bassein, Akyab, Moulmein und Pagan.

12 *The Nation Review*, 24. März 1990, S. 4 und *Bangkok Post*, 2. Mai 1990, S. 1.

10 Mandate erringen konnte. Der Rest entfiel auf 25 (zumeist ethnische Splitterparteien und sechs Unabhängige¹³).

Trotz der Verzerrungen des in Birma geltenden Mehrheitswahlrechts muß ein solches Wahlergebnis als ein erdrückender Beweis des Mißtrauens gegen das herrschende Regime gewertet werden. Doch, wie kaum anders zu erwarten, versucht sich das Regime seither mit allen Mitteln den Konsequenzen zu entziehen. Schon vor der Wahl, in verstärktem Maße jedoch nachdem sich das Ausmaß der Niederlage abzuzeichnen begann, hatte das Militär zahlreiche Vorbedingungen an eine Machtübergabe geknüpft. Bis heute kam es zu keiner konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments, das nach Lesart der Junta auch gar keines sein soll, sondern lediglich eine Art verfassungsgebende Versammlung. Die Übergabe der Macht könne nämlich nur auf der Grundlage einer neuen Verfassung erfolgen, die zudem in der Lage sein müsse, eine "stabile" Regierung zu garantieren. Der Verfassungsentwurf müsse alsdann dem Militär zur Prüfung, anschließend dem Volk zur Ratifizierung vorgelegt werden. Erst im Anschluß daran könnten nach Vorstellung der Junta Parlamentswahlen erfolgen.

Nach Ansicht zahlreicher Beobachter ist dies ein Prozeß, der Jahre in Anspruch nehmen kann. Mit anderen Worten: die Junta versucht um jeden Preis Zeit zu gewinnen, Vorwände zu schaffen, mit deren Hilfe die Übergabe der Macht an eine Zivilregierung hinausgezögert, wenn möglich ganz vermieden werden kann. Sie setzt dabei vor allem auf die interne Instabilität der NLD, deren Geschlossenheit bei anhaltender Pattsituation vor große Zerreißproben gestellt wird: während die ältere Generation um Tin U - vorwiegend pensionierte Offiziere und Zivilbeamte - für Kompromisse mit der Junta optieren, drängen die jüngeren, aus studentischen und Intellektuellenkreisen hervorgegangenen Parteiaktivisten auf eine sofortige und bedingungslose Regierungsbildung durch die NLD. Die zunehmende Demonstrationstätigkeit im August 1990 zeigt deutlich: die Ungeduld der Bevölkerung nimmt zu; eine erneute Polarisierung und gewalttätige Konfrontationen sind nicht mehr auszuschließen.

Erstaunlicherweise in der einschlägigen Literatur nur wenig beachtet, doch weit wichtiger als diese eher tagespolitischen Entwicklungen sind die strukturellen Hindernisse, die einer dauerhaften Liberalisierung entgegenstehen. 27 Jahre Einparteienherrschaft haben für einen institutionellen Kahl-schlag gesorgt, der nur wenige Anknüpfungspunkte für demokratische Reformen übrigließ. Der Wildwuchs in der Parteienlandschaft muß auch unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden - er hat allerdings Parallelen in ande-

13 Zum Wahlergebnis vergleiche Südostasien aktuell, Juli 1990, S. 309.

ren Staaten Südostasiens, die den Übergang von autoritären zu offeneren Willensbildungsformen vollzogen¹⁴.

Personell gibt es derzeit ebenfalls wenig überzeugende Alternativen. Oppositionsführer wie Aung Gyi oder Tin U waren selbst führende Repräsentanten des Regimes, bevor sie bei Ne Win in Ungnade fielen. Auch von der Politikergeneration der 50er Jahre sind keine Impulse mehr zu erwarten. Die bekannteren Oppositionspolitiker sind - wie ihre Kontrahenten im Regierungslager - zwischen 60 und 80 Jahre alt. Die mittleren Jahrgänge hingegen fehlen im politischen Spektrum. Die einzige Ausnahme ist Aung San Suu Kyi, die aber mit der Hypothek belastet ist, fast ihr ganzes Leben im Ausland verbracht zu haben. Ihre politische Legitimität speist sich zudem in erster Linie aus der Tatsache, daß sie die Tochter des birmanischen Nationalhelden Aung San ist.

Wie in Thailand 1973 und den Philippinen 1986 ist das einigende Band der Opposition die Gegnerschaft zu einem despotischen, abgewirtschafteten Regime. Vage politische Konzepte, mangelnde technische Kompetenz, persönliche und ideologische Querelen verhindern jedoch eine engere Zusammenarbeit.

Je höher das Niveau der politischen Gewaltanwendung, desto ungünstiger stehen die Chancen für demokratischen Wandel¹⁵. Birma ist neben Kambodscha das Land mit dem höchsten Gewaltpegel in Südostasien. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung hat hier eine lange Tradition, die weit in die vorkoloniale Ära zurückreicht. Schon damals wurden Revolten von Birmas Königen stets mit beispielloser Härte niedergeschlagen¹⁶.

Thronwechsel verliefen angesichts fehlender Nachfolgeregelungen zumeist blutig. Fünf von sechs Monarchen des 19. Jahrhunderts kamen gewaltsam an die Macht¹⁷. Noch Thibaw, der als letzter Herrscher der Konbaung-Dynastie 1878 den Thron bestieg, ließ nach dem Ableben seines Vorgängers Mindon 80 seiner Halbbrüder in Säcke gebunden von weißen Elefanten in zeremonieller Perfektion zu Tode trampeln¹⁸.

Nach der endgültigen Einverleibung Birmas in das britische Kolonialreich im Jahre 1885 änderte sich nur wenig an diesen Verhältnissen. Die "pax Britannica" kam aus den Gewehrläufen. Auch spätere Erhebungen wie die Saya

14 So etwa in Thailand zwischen 1973 und 1976 und auf den Philippinen nach 1986.

15 Robert A. Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven and London 1971, S. 51.

16 Vgl. Heinz Bechert, *Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada Buddhismus*, Frankfurt a.M. 1966, Band 2, S. 9.

17 Fred W. Riggs, *Thailand. The Modernization of a Bureaucratic Polity*, Honolulu 1966, S. 48.

18 Lucian W. Pye, *Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority*, Cambridge, Mass. 1985, S. 99.

San-Bauernrebellion wurden mit militärischen Mitteln niedergeworfen¹⁹. Zugleich aber verursachte das Vordringen der kapitalistischen Wirtschaftsform Birmas den Zusammenbruch der traditionellen Sozialordnung. Mit ihm fielen die Hemmschwellen der Gewalt weiter. Morde waren endemisch, soziale Spannungen entluden sich in Gewalttätigkeiten gegen Minderheiten²⁰.

Birmas Unabhängigkeit stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Aung San, der charismatische Führer der Nationalbewegung, wurde 1947, wenige Monate vor der Unabhängigkeit, ermordet. Kaum war diese erreicht, sah sich die junge Republik Rebellionen der Kommunisten und der Karen-Minderheit gegenüber²¹. Nach einem Abflauen des Bürgerkrieges in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, setzte das Ne Win-Regime neue Maßstäbe in der Auseinandersetzung mit Dissidenten. "Wenn die Armee schießt, schießt sie um zu treffen"²²: diese im Sommer 1988 an die Adresse regimefeindlicher Demonstranten gerichtete Drohung Ne Wins war stets Leitmotiv seiner Machtsicherung. Studentendemonstrationen wurden 1962, 1974 und 1975 blutig unterdrückt. Kaum ein Regime in Südostasien hat über einen so langen Zeitraum so systematisch und so ungehindert die Menschenrechte mißachtet. Morde an politischen Gefangenen und routinemäßige Folterungen gehören zum Alltag in Birmas Gefängnissen²³ und in den Siedlungsgebieten der ethnischen Minoritäten geriert sich die Armee wie eine Invasionsmacht²⁴.

"Gewalt und Gegengewalt schaffen keine für die Herbeiführung und Stabilisierung der Demokratie günstigen Voraussetzungen"²⁵. Wie schon Robert

19 Siehe Emmanuel Sarkisyanz, *Buddhist Backgrounds of the Burmese Revolution*, The Hague 1965, S. 163 und James C. Scott, *The Moral Economy of the Peasant. Rebellion and Subsistence in Southeast Asia*, New Haven and London 1976, S. 149.

20 Hierzu klassisch J.S. Furnivall, *Colonial Policy and Practice. A Comparative Study of Burma and the Netherlands India*, New York 1948.

21 Josef Silverstein, *Burma. Military Rule and the Politics of Stagnation*, Ithaca and London 1977, S. 26 und Robert H. Taylor, *The State in Burma*, London 1987, S. 227ff.

22 Bangkok Post, 27. Juli 1988, S. 6.

23 Es ist mehr als ärgerlich, wenn ein ansonsten profunder Kenner der politischen Szene wie Günter Siemers staatliche Gewaltakte dieses Ausmaßes in seinen zahlreichen Beiträgen verschweigt, verharmlost oder als unglaubwürdig und übertrieben abtut. Siehe dazu Siemers' Beiträge in "Südostasien aktuell".

24 Tausende von Dorfbewohnern aus den Siedlungsgebieten der Minderheiten, Häftlinge und Studenten wurden vom Militär als Lastenträger für Offensiven gegen die Karen und Kachin Rebellenarmeen zwangsrekrutiert. Viele von ihnen kamen unter den großen Strapazen im Dschungel um, starben in Minenfeldern oder wurden beim Fluchtversuch erschossen. Siehe *The Nation Review*, 22. Oktober 1989, S. 1 und Josef Silverstein, *Insurgency and Rebellion in Burma*, unpublished paper prepared for the Defense Intelligence College. Defense Academic Research Support Program, United States Pacific Command, Camp H.W. Smith, Hawaii, 27 February - 1 March, 1989, S. 14.

25 Dieter Nohlen, *Regimewechsel in Lateinamerika. Überlegungen zur Demokratisierung autoritärer Regime*, in: Klaus Lindenberg (Hrsg.), *Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit*, Bonn 1982, S. 84.

A. Dahl feststellte, waren Demokratisierungsprozesse in der Vergangenheit meist dann erfolgreich, wenn sie aus evolutionären Prozessen hervorgingen - selten jedoch, wenn sie auf abrupte Regimewechsel oder Revolutionen folgten²⁶. Angesichts mehrerer radikaler Umbrüche in der Geschichte Birmas seit Beginn des 19. Jahrhunderts und des dadurch freigesetzten Gewaltpotentials ist ein evolutionärer Wandel - vergleichbar etwa dem in Thailand²⁷ - für die Zukunft kaum zu erwarten.

III. Sozio-ökonomische Faktoren

Die Einwirkung sozio-ökonomischer Faktoren auf die politische Entwicklung wird in der Entwicklungstheorie seit langem kontrovers diskutiert²⁸. Im Mittelpunkt der Debatte steht dabei die Kausalbeziehung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Demokratie.

Die Entwicklungsgeschichte asiatischer Schwellenländer wie Taiwan, Südkorea und neuerdings auch Thailand - wo wirtschaftliches Wachstum der politischen Öffnung voranging - haben einige Wissenschaftler dazu bewogen, eine Kausalbeziehung zu vermuten, in der wirtschaftliches Wachstum als unabhängige, Demokratisierung als abhängige Variable erscheint. Dabei wird davon ausgegangen, daß anhaltendes Wirtschaftswachstum - sofern es nicht auf der Grundlage krasser sozialer und räumlicher Unausgewogenheiten in Gang kommt - zu einer zunehmenden ökonomischen Diversifizierung, gesellschaftlicher Arbeitsteilung, sozialer Mobilität und schließlich der Formierung neuer breitgefächerter mittelständischer Interessen führt. Diese aufsteigenden sozialen Gruppen organisieren sich und streben nach politischer Verantwortung - insbesondere dann, wenn ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen auf dem Spiel stehen. Mit der sozio-ökonomischen Modernisierung erhöht sich der Komplexitätsgrad gesellschaftlicher Steuerungsprozesse; Planung und Entscheidungshandeln werden so kompliziert und spezialisiert, daß das Fachwissen der traditionellen Herrschaftseliten aus Bürokratie, Militär und gentry nicht mehr hinreichend ist. Entscheidungshandeln wird einerseits zunehmend spezialisiert und segmentiert - doch erfordert andererseits die

26 Robert A. Dahl (Anm. 14), S. 41.

27 Siehe hierzu Jürgen Rüländ, Politischer und sozialer Wandel in Thailand 1973 - 1988, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/89, 27. Oktober 1989, S. 3-16. Der Putsch vom 23. Februar 1991 setzte aber selbst diesem vielversprechenden Demokratisierungsprozeß ein vorläufiges Ende.

28 Wegweisend für diese Debatte ist der Aufsatz von Seymour Martin Lipset, *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*, in: *American Political Science Review*, Vol. LII, March 1959, pp. 69-105.

Einbindung von Entscheidungen in übergreifende Funktionszusammenhänge einer zunehmend vernetzten Gesellschaft Konsultation, Koordination, Kooperation und Kompromißfähigkeit. Althergebrachte autoritäre Führungsmethoden nach dem Befehl-Gehorsam oder dem Senioritätsprinzip werden diesem Wandel nicht mehr gerecht: gefordert sind die Durchrationalisierung des Entscheidungsprozesses, seine Berechenbarkeit, Rechtssicherheit und die konsensuale Einbindung ursprünglich gegensätzlicher Interessen. Letztendlich begünstigen Wachstumsprozesse dieser Art eine allmähliche Verbreiterung der sozialen Basis beim politischen Führungspersonal - auch wenn Unterschichteninteressen nach wie vor nur sehr rudimentär in den Willensbildungsprozeß integriert sind.

Ein solches Szenario, wie es sich für Thailand abzeichnet²⁹, ist in Birma nicht zu erkennen. Während Thailand und Malaysia ungebrochen hohe Wachstumsraten um die 10 Prozent-Marke mit einer deutlichen Wohlstandssteigerung verzeichnen, wandelte sich Birma von einem "land of plenty" in eine Mangelökonomie. Einige wenige Daten mögen dies verdeutlichen³⁰.

Von einem Zwischenhoch Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre abgesehen, bewegte sich das Wirtschaftswachstum zumeist auf einem bescheidenen Niveau zwischen zwei und vier Prozent; Ende der 80er Jahre herrschte Nullwachstum. Ein rasches Bevölkerungswachstum und wiederholte Rezessionen machten die in besseren Jahren mühsam erzielten Zugewinne wieder zunichte. Die wohl folgenreichste Zäsur war dabei der Zweite Weltkrieg. Es dauerte bis Mitte der 70er Jahre, bis Birma wieder die Wirtschaftsdaten der Vorkriegszeit erreichte. War Birma vor dem Zweiten Weltkrieg der größte Reisexporteur der Welt, so ist es heute gerade noch imstande, den Eigenbedarf zu decken. Der schrumpfende Außenhandel, sich verschlechternde terms-of-trade und sinkende Exporterlöse ließen die Auslandsverschuldung sprunghaft emporschnellen. Investitionen können heute nur noch über Kredite und Entwicklungshilfeszuschüsse finanziert werden. Die Devisenreserven sind erschöpft und die Auslandsverschuldung beläuft sich derzeit auf rund 4.9 Mrd. US Dollar; das entspricht einer Schuldendienstquote von phänomenalen 60 Prozent³¹.

Birma ist auch heute noch in erster Linie Agrarstaat - über die Hälfte des Bruttosozialprodukts wird im Agrarsektor erwirtschaftet³². Sein Industrialisierungsniveau liegt unter dem von Bangladesh, das Pro-Kopf-Einkommen bei

29 Siehe Jürgen Rüländ (Anm. 26), S. 3-16.

30 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Birmas siehe Hal Hill und Sisira Jayasuriya (Anm. 1) und Axel Sell, Burma - Economic Problems and Prospects, in: Internationales Asienforum, Vol. 17, No. 1/2, 1986, S. 87-97.

31 Asia Yearbook 1990, S. 97.

32 Hal Hill and Sisira Jayasuriya (Anm. 1), S. 38.

190 US Dollar nur unwesentlich darüber³³. Die Infrastruktur ist völlig veraltet, die Energieversorgung nicht mehr gewährleistet. Angesichts dieser katastrophalen Wirtschaftslage hat Birma Ende 1987 bei den Vereinten Nationen den Status eines Least Developed Country beantragt und auch zugesprochen erhalten³⁴.

Die Versorgungslage hat sich in den vergangenen Jahren stark verschlechtert. Nahrungsmittelknappheit, Verteilungsprobleme, Preissteigerungen und ein allgegenwärtiger Schwarzmarkt bestimmen das Alltagsleben. Unter diesen Vorzeichen muß auch das häufig bemühte Argument zunehmend fragwürdig erscheinen, daß der birmanische Sozialismus bei aller Armut dennoch ein erheblich dichteres soziales Netz gewoben habe, als dies in anderen Staaten der Dritten Welt der Fall ist³⁵.

Unter den Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation konnte ein Aufstieg neuer gesellschaftlicher Funktionsgruppen nicht stattfinden. Politisch motivierte Säuberungen und die Intellektuellenfeindlichkeit des Regimes lösten einen Exodus von Fach- und Führungskräften aus³⁶. Gesellschaftliche Mobilität wurde außerdem durch umfangreiche Nationalisierungen in der Wirtschaft erschwert, so daß weder eine einheimische Unternehmerschaft noch eine Schicht von Freiberuflern entstehen konnte. Schon die Briten hatten während der Kolonialzeit das Entstehen einer birmanischen Mittelschicht vereitelt, indem sie zur Ausfüllung moderner wirtschaftlicher und administrativer Funktionen Inder ins Land holten. Die Birmanen wurden - wie Furnivall formulierte - durch die Inder mediatisiert³⁷. Eine wirtschaftliche Wachstumsprozesse begünstigende Kapitalakkumulation und in ihrem Gefolge der Aufstieg politisch dynamischer Gruppen wurden zudem durch periodische Demonetarisierungen verhindert³⁸.

Da hilft auch wenig, daß Birma eine weniger ungleiche Einkommensverteilung aufweist als seine erfolgreicherer Nachbarn³⁹. Der Theorie zufolge bildet eine eher egalitäre Einkommensverteilung eine günstige Voraussetzung für eine dauerhafte Demokratisierung. Im Falle Birma wird dieses größere Maß an Egalität jedoch durch fehlende Wachstumsimpulse neutralisiert. Die zuvor beschriebenen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum, gesell-

33 Asia Yearbook 1990, S. 6.

34 John B. Haseman, Burma in 1987. Change in the Air?, in: Asian Survey, Vol. XXVIII, No. 2, February 1988, S. 225.

35 So wird beispielsweise von Hill und Jayasuriya (Anm. 1), S. 7 und 62ff. argumentiert.

36 Siehe Bertil Lintner (Anm. 3), S. 62.

37 Siehe J.S. Furnivall (Anm. 19), S. 46 und 199.

38 So etwa im Mai 1964, im November 1985 und schließlich im September 1987.

39 Hal Hill und Sisira Jayasuriya (Anm. 1), S. 62.

schaftlicher Vernetzung und politischer Entwicklung kommen hier nicht in Gang.

IV. Ethnische Faktoren

Die Regulierung und letztendlich Überwindung ethnischer Gegensätze ist eine weitere wichtige Vorbedingung für die Entstehung demokratischer Strukturen. Plurale Gesellschaften - also Gesellschaften, in denen der Markt der einzige gemeinsame Bezugspunkt der verschiedenen Volksgruppen ist, die sonst aber keinerlei gemeinsame kulturelle Basis aufweisen⁴⁰ - sind besonders anfällig für die gewaltsame Austragung ethnischer Konflikte. Labile, oft nur formaldemokratische Strukturen halten solchen Belastungen auf Dauer nicht stand und zerbrechen, wie die klassischen Beispiele Libanon und Sri Lanka zeigen.

Ethnische Gegensätze in der Dritten Welt sind in aller Regel ein Relikt der Kolonialzeit: Ergebnis willkürlicher Grenzziehungen und der kolonialen Strategie des "Teile und Herrsche".

Birma war - wie Hugh Tinker einst formulierte - eine Kolonie im doppelten Sinne⁴¹. Es war Teil des britischen Empire, aber es wurde bis 1937 von Indien aus verwaltet. Als Provinz Britisch-Indiens entwickelte sich Birma in Abhängigkeit vom Subkontinent: es unterstand einer Administration, deren Maßnahmen auf indische Verhältnisse zugeschnitten waren, die aber den grundlegend andersartigen Bedingungen in Birma nicht gerecht wurden. Ein erheblicher Teil der Ausfuhren ging nach Indien, indische Chettiar-Geldverleiher kontrollierten Ende der 30er Jahre über ein Drittel der Anbaufläche Niederbirmas, die meisten öffentlichen Ämter waren mit Indern besetzt und indische Kulis verdrängten die Birmanen vom städtischen Arbeitsmarkt⁴². Die daraus erwachsenden sozialen Spannungen entluden sich wiederholt in pogromartigen Ausschreitungen gegen die Inder.

Die ethnischen Konflikte wurden von den Briten um eine zusätzliche Dimension erweitert, indem sie alte Gegensätze zwischen Birmanen und Bergvölkern, die in den an das Irrawaddy-Tal angrenzenden Gebirgsregionen siedeln, für die koloniale "Teile-und-Herrsche"-Strategie instrumentalisieren. Die Bergvölker wurden einer gesonderten Verwaltung unterstellt und teilweise christianisiert. Bis zur Okkupation Birmas durch die Japaner im Zwei-

40 J.S. Furnivall, *Plural Societies*, in: H.D. Evers (ed.), *Sociology of Southeast Asia. Readings on Social Change and Development*, Kuala Lumpur 1980, S. 96.

41 Hugh Tinker, *Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Birma*, in: Ruprecht Kurrock (Hrsg.), *Asien im 20. Jahrhundert*, Berlin 1972, S. 156.

42 J.S. Furnivall (Anm. 19), S. 87.

ten Weltkrieg stellten die Karen, Kachin, Shan und Chin als sog. "martial races" neben dem dominanten Kontingent der Inder einen Teil der in Birma stationierten Kolonialtruppen und waren so ein Teil der Fremdherrschaft. Mit dieser Politik wurden Gräben vertieft, die bis heute auch nicht ansatzweise überbrückt werden konnten. Die Karen, auch die Kachin, blieben stets Verbündete der Engländer - Kollaborateure aus der Sicht der Birmanen⁴³.

Während die meisten Inder nach dem Einmarsch der Japaner zusammen mit den Briten fluchtartig das Land verließen, die indische Einwanderung nach der Unabhängigkeit von staats wegen unterbunden wurde, und die im Lande verbliebenen Inder nach 1962 von Ne Win vertrieben wurden, suchten die birmanischen Nationalisten ihr Verhältnis zu den einheimischen Minderheiten im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung neu zu ordnen. Im Panglong-Abkommen von 1947 wurden letzteren die Teilhabe an der Staatsgewalt, Autonomie- und Sezessionsrechte sowie eine föderale Verfassung zugesichert⁴⁴. Doch der Föderalismus blieb Papierform. Schon kurz nach der Unabhängigkeit rebellierte die Karen, ihnen folgten in den frühen 60er Jahren die Shan und Kachin.

Unter Ne Win spitzten sich die ethnischen Konflikte noch mehr zu. Nach seinem Staatsstreich suspendierte er die formal föderale Verfassung von 1947 und ersetzte sie 1974 durch eine streng zentralistische⁴⁵. Friedensgespräche endeten 1963 und 1980/81 ergebnislos⁴⁶. Heute operiert in Birmas Randgebieten eine kaum noch überschaubare Anzahl von ethnischen Rebellenarmeen⁴⁷, zahlreichen Opium-Warlords und - bis zu ihrem Zusammenbruch im April dieses Jahres - die KP⁴⁸. Zusammen haben diese Widerstandsgruppen 30.000 Mann unter Waffen, denen 200.000 Regierungssoldaten gegenüberstehen. Doch trotz verschiedener Großoffensiven ist es der birmansichen Armee bisher nicht gelungen, die Rebellen entscheidend zu besiegen, die fast die Hälfte des Staatsterritoriums kontrollieren - darunter Gebiete mit bedeutenden Rohstoffvorkommen.

43 Josef Silverstein (Anm. 23). S. 2.

44 Siehe ebd., S. 4.

45 Josef Silverstein (Anm. 20), S. 124 und Klaus Fleischmann, *Die neue Verfassung der Union von Birma. Vorgeschichte, Inhalte, Wirklichkeit*, Hamburg 1976.

46 Josef Silverstein (Anm. 23), S. 10.

47 Insgesamt 23 aufständische Gruppen, darunter zahlreiche Minoritäten, haben sich im November 1988 in der Democratic Alliance of Burma (DAB) zusammengeschlossen. Ein früherer Versuch der Kooperation und Koordination politisch-militärischer Aktionen war die 1976 gegründete National Democratic Front, der zehn Organisationen ethnischer Minderheiten angehören.

48 Zur KP siehe Klaus Fleischmann, *Die Kommunistische Partei Birmas. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Hamburg 1989 und *The Nation Review*, 24. April 1989, S. 4.

Die Chancen für eine Beendigung der ethnischen Konflikte sind gering. Ein Nachgeben der Regierung gegenüber den Autonomieforderungen der Aufständischen zeichnet sich bislang nicht ab. Ohne eine Beendigung dieses Bürgerkrieges bleiben auch die Aussichten für eine nennenswerte Demokratisierung denkbar schlecht: Gewalt, Notstandsmaßnahmen und eine paralyisierte Wirtschaft sind kein günstiger Nährboden für eine politische Öffnung.

V. Externe Faktoren

Von Bedeutung für die Beständigkeit demokratischer Entwicklung sind auch die externen Einflüsse, die auf ein politisches System einwirken.

Doch die regimereverordnete Abschließung des Landes sorgte dafür, daß politische Ideen aus dem Ausland nach 1962 kaum noch Einlaß finden konnten. Auch die strikt neutralistische Außenpolitik minimierte die Möglichkeiten ausländischer Mächte, Einfluß auf die Staatsform in Birma zu nehmen.

Erst nach den Unruhen des vergangenen Jahres unternahmen verschiedene westliche Staaten zaghafte Versuche, durch die Einfrierung der Entwicklungshilfe die Regierung zu Reformen zu bewegen. Doch nach der Ankündigung von Wahlen bis Mai 1990 scherte Japan, die Hauptgebernation, aus dieser Front aus und nahm die Entwicklungshilfe wieder auf, ebenso Australien. Auch Thailand, Malaysia, Singapur und Südkorea erkannten das Saw Maung Regime als Gegenleistung für die Erteilung von Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffen in Birma an. Damit wird das Regime gestärkt, der Ausverkauf von Birmas Ressourcen zum Schleuderpreis bei irreparablen ökologischen Schäden beschleunigt⁴⁹; die auf politischen Wandel drängenden Kräfte jedoch geschwächt.

VI. Sozio-kulturelle Faktoren

Kulturelle Faktoren werden häufig unterschätzt, wenn es um Fragen politischen Wandels geht. Im folgenden soll daher skizzenhaft versucht werden, die Einflüsse von Religion und traditionellen Vorstellungen von Macht und Autorität auf die Chancen für eine demokratische Öffnung zu erörtern.

49 So vergab Birma zahlreiche Holzeinschlags- und Fischereikonzessionen an thailändische Firmen. Siehe dazu die Titelgeschichte der "Far Eastern Economic Review" vom 22. Februar 1990 von Hamish McDonald. "Partners in Plunder", S. 16ff. Um den Investoren ungehinderten Zugang zu den Konzessionsgebieten zu verschaffen, startete die birmanische Armee bereits Ende Oktober 1988 eine Großoffensive gegen die aufständische Karen-Minderheit, durch die diese erstmals in 40 Jahren in große Bedrängnis geraten ist.

Dabei hat man sich mit der in Kreisen der vergleichenden Politikwissenschaft verbreiteten These auseinanderzusetzen, daß vor allem Gesellschaften mit einer innerweltlich orientierten Kultur größere Chancen besitzen, demokratische Strukturen aufzubauen. Der in Birma vorherrschende Theravada-Buddhismus wird dabei den weniger demokratieförderlichen Kulturen zugeordnet⁵⁰. Diese Argumentation stützt sich auf die Karma-Lehre, die politische Partizipation blockiere, weil ausschließlich das Individuum, nicht aber der Staat oder gesellschaftliche Mißstände für erlittene Schicksalsschläge verantwortlich seien. Unglück und Leid werden danach allein als Ausfluß schlechter Werke des einzelnen in einem früheren Leben interpretiert. Nur der einzelne selbst könne durch verdienstvolle Taten, Meditation und Weltaufgabe Unglück und Leid überwinden. Dieser Individualismus verhindere dauerhafte Gruppenbildung, Kooperation und solidarisches Handeln und habe "loosely structured societies"⁵¹ hervorgebracht.

Allerdings beruhen solche Argumentationsmuster auf einer einseitigen Interpretation kanonischer Texte und stellen eine unzulässige Vereinfachung der komplexen Zusammenhänge von Kultur und politischem Verhalten dar. Es ist Heinz Bechert zuzustimmen, wenn er in seinem Werk "Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus" schreibt: "Gerade weil die buddhistische Lehre für die politische und soziale Gestaltung der Welt zwar allgemeine ethische Normen vorschlägt, im einzelnen aber keine bestimmten Vorstellungen bietet, konnten sich die Buddhisten grundsätzlich mit den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Lehren befreunden"⁵². Maßgeblichen Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung und Handhabung der Staatsform haben vielmehr die "durch die geschichtliche Entwicklung gegebenen politischen und sozialen Voraussetzungen ausgeübt"⁵³ oder - anders formuliert - die Art und Weise, wie Religion vom Staat für Herrschaftszwecke instrumentalisiert wurde.

In Birma gibt es durchaus eine Tradition, die Formen demokratischer Willensbildung mit buddhistischen Vorstellungen verbindet. Demokratisches Gedankengut wurde in der Anfangsphase der Nationalbewegung zunächst von einer westlich gebildeten, kleinen urbanen Elite adaptiert und als ideologische Waffe für die Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt⁵⁴. Die Brücke zur

50 Siehe Samuel Huntington, Will more Countries Become Democratic?, in: Political Science Quarterly, Vol. 99, No. 2, 1984, S. 201.

51 John F. Embree, Thailand - A Loosely Structured Social System, in: American Anthropologist, Vol. 52, 1950, S. 181-193.

52 Heinz Bechert (Anm. 15), S. 109.

53 Siehe ebd., S. 109.

54 Robert H. Taylor, The State in Burma, London 1987, S. 177 und Heinz Bechert (Anm. 15), S. 128.

Masse der ländlichen Bevölkerung, die angesichts der jahrhundertelangen Isolation Birmas den während der Kolonialzeit einströmenden Ideologien westlicher Herkunft weitgehend indifferent gegenüberstand, schlug der Buddhismus. Durch das Anknüpfen an eine - wie Sarkisyanz darlegte - in Birma fortlebende Laientradition des auf Ashoka zurückweisenden buddhistischen Staats- und Herrscherideals ließ sich Demokratie als integraler Bestandteil der buddhistischen Tradition begründen⁵⁵. Danach beruht Herrschaft auf einer Art Gesellschaftsvertrag. Die Souveränität geht dabei vom Volke aus und der Herrscher wird durch einen Wahlvorgang bestimmt.

Tatsächlich läßt sich dieses Wahlkönigtum - zumindest als fiktiver Akt - in Ceylon, Kambodscha und Thailand nachweisen⁵⁶. Darüber hinaus wurde auf Textstellen rekuriert, denen zufolge der historische Buddha nach dem Vorbild zeitgenössischer nordindischer Adelsrepubliken seiner Mönchsgemeinde eine demokratische Verfassung gab: wesentliche Elemente der Sanghaordnung waren der Gleichheitsgedanke und das Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen⁵⁷.

Die Tatsache allerdings, daß die Birmanen die Hauptverlierer bei den sozio-ökonomischen Umwälzungen während der Kolonialzeit waren, mit dem Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Marginalisierung und der Zersetzung der traditionellen Sozialordnung, verhalf sozialistischen und marxistischen Ideen, zunehmend Einfluß auf das politische Denken in Birma zu gewinnen⁵⁸. Auch hier konnte man sich buddhistischer Begründungen bedienen, indem man auf das von Ashoka überlieferte Wohlfahrtsideal verwies. Parlamentarische, sozialistische, marxistische und buddhistische Ideen verschmolzen in der Folge zu Synkretismen der unterschiedlichsten Schattierungen.

Doch ungeachtet der Tatsache, daß die buddhistische Lehre per se kein Hindernis für eine Demokratisierung darstellt, gibt es in Birma eine Reihe anti-demokratischer Traditionen. Wenn in der Wirklichkeit buddhistische Herrschertugenden häufig nicht befolgt wurden, so lag das zu einem erheblichen Teil daran, daß sie von einem brahmanisch-hinduistischen Herrscherkonzept überlagert wurden. Die darin enthaltene, aus Indien importierte Vorstellung des Gottkönigtums trug wesentlich zur Ausformung von Macht- und Autoritätsvorstellungen bei, die einer auf okzidental Rationalitätskriterien beruhenden Herrschaftsausübung zuwiderlaufen und die bis heute im politischen Alltag fortwirken. Der Gottkönig, dessen Macht dazu bestimmt war, mit Hilfe festgelegter Rituale Mensch und Gesellschaft mit der kosmischen

55 Siehe Emmanuel Sarkisyanz (Anm. 18), S. 36.

56 Siehe Heinz Bechert (Anm. 15), S. 127.

57 Siehe ebd., S. 7.

58 Emmanuel Sarkisyanz (Anm. 18), S. 172.

Ordnung in Einklang zu bringen, war niemals durch Vernunftsargumente in seine Schranken zu verweisen. Sich der Vernunft zu unterwerfen hieße - so Lucian Pye in "Asian Power and Politics" - die magischen Kräfte des Herrschers zu negieren. Je höher der Status eines staatlichen Würdenträgers, desto mehr ist er geneigt, absurde Phantasien zu kultivieren, nur um damit zu beweisen, daß er über den Niederungen der Alltagslogik steht⁵⁹. Es ist wohl kaum ein Zufall, daß allein im 19. Jahrhundert vier von sechs Königen dem Wahnsinn verfielen und sich für den Buddha Metteya (den zukünftigen Buddha) hielten. Auch über den Geisteszustand von Ne Win gibt es viele Spekulationen, zumal bekannt ist, daß er in der Vergangenheit regelmäßig einen bekannten österreichischen Psychiater zu Behandlungszwecken aufsuchte⁶⁰.

Noch lange nach der Abdankung des letzten Königs umgaben sich Birmas Spitzenpolitiker mit der Aura höfischen Zeremoniells. Dies gilt für die Politikergeneration der Vorkriegszeit ebenso wie nach der Unabhängigkeit für U Nu oder Ne Win. Während sich U Nu als Bodhisattva feiern ließ⁶¹, trat Ne Win, der sich für einen Abkömmling der Konbaung-Dynastie hielt, bei Staatsakten zuweilen wie ein absoluter Monarch im vollen Glanze der klassischen Herrscherregalien auf⁶².

Während der Rückgriff auf vorkoloniale politische Traditionen im Zeitalter des Unabhängigkeitskampfes ein wirksames Mittel zur Schaffung einer nationalen Identität und zur Mobilisierung in traditionellen Wertmustern verharrender ländlicher Massen gewesen sein mag, steht die offensichtlich ungebrochene Internalisierung dieses brahmanisch-hinduistischen Machtkonzeptes dem Entstehen einer bürokratisch-rationalen Herrschaft entgegen. Es ist diese Magie der Macht, ihre Mystifizierung und Glorifizierung, die auch heute noch der birmanischen Politik einen willkürlichen und despotisch-bizarren Charakter verleiht⁶³.

Während U Nu einerseits maßgeblich dabei mitwirkte, durch eine modernistische Interpretation buddhistischer Schriften Religion, Demokratie und Sozialismus miteinander zu verbinden, war er andererseits eine treibende Kraft bei der Erneuerung buddhistischen Traditionalismus. Volksbuddhistische Bräuche wie der Reliquienkult, magisches Denken, die Legendentradition und die Wiederbelebung des Nat-Kultes erfreuten sich unter U Nu quasi-staatlicher Förderung⁶⁴. Dies mag im birmanischen Parlamentarismus der

59 Lucian W. Pye, (Anm. 17), S. 98.

60 Bertil Lintner (Anm. 3), S. 87.

61 Heinz Bechert (Anm. 15), S. 142.

62 Bertil Lintner (Anm. 3), S. 87.

63 Lucian W. Pye (Anm. 17), S. 98.

64 Heinz Bechert (Anm. 15), S. 67.

50er Jahre ein geschickter Schachzug zur Mobilisierung breiter Wählerschichten gewesen sein, die Übertragung volksreligiöser Vorstellungswelten auf die praktische Politik verhinderte jedoch die Herausbildung einer politischen Kultur, die den Sachzwängen sozio-ökonomischer Modernisierung gerecht wird. Zahlreiche Beispiele aus der Regierungszeit U Nus und Ne Wins belegen den großen Einfluß von Astrologie, Alchemie und Zahlenmagie auf politische Entscheidungen⁶⁵. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß diese Politik des Okkultismus Partizipation, administrative und technische Kompetenz überflüssig macht - mithin demokratische Willensbildung allenfalls auf einen Akklamationsakt bei der Bestellung des politischen Führungspersonals reduziert. All dies widerspricht auch der These des britischen Politologen Robert H. Taylor, der in seinem 1987 erschienenen Buch "The State in Burma" im Ne Win-Regime den Endpunkt einer im 18. Jahrhundert einsetzenden und seither kontinuierlich verlaufenden Rationalisierung von Herrschaft erblickt⁶⁶. Rationalisiert wurden seither allenfalls die Beherrschungstechniken - kaum aber die staatliche Willensbildung im Sinne eines von den Regierenden zu findenden Gemeinwohls⁶⁷.

Die politische Entwicklung Birmas unterscheidet sich damit grundlegend von der Thailands. Während volksbuddhistische und animistische Kulte im Alltagsleben der Thais ebenfalls weit verbreitet sind, gelang es der Chakri-Dynastie bereits im 19. Jahrhundert, das Königtum vom brahmanisch-hinduistischen Ritual freizulegen. König Chulalongkorn beispielsweise säkularisierte Hofzeremonien zu öffentlichen Staatsakten. Magie, Astrologie und Alchemie wurden hier niemals von staatlicher Seite gefördert. Die Rationalisierung des Thai-Staates machte damit nicht bei einer rein administrativ-technologischen Modernisierung halt, sondern bezog auch die Staatsideologie mit ein⁶⁸.

VII. Resümee und Ausblick

Die vorangegangenen Ausführungen dürften belegt haben, daß eine dauerhafte Demokratisierung Birmas nicht in Sicht ist. Dies gilt selbst dann, wenn es der NLD wider Erwarten in absehbarer Zeit gelingen sollte, eine Regierung zu bilden. Ähnlich wie die Zivilregierungen in Thailand nach 1973 oder die Aquino-Administration auf den Philippinen nach 1986 ist die NLD nur

65 Siehe ebd., S. 69.

66 Siehe Robert H. Taylor (Anm. 53).

67 Zur Kritik Taylors siehe auch Gordon P. Means Rezension in Contemporary Southeast Asia, Vol. 10, No. 3, December 1988, S. 328-330.

68 Charles F. Keyes, Thailand. Buddhist Kingdom as Modern Nation State, Bangkok 1989, S. 201-211.

höchst unzureichend darauf vorbereitet, die gewaltigen politischen und ökonomischen Probleme Birmas mit Aussicht auf Erfolg anzugehen. Hinzu kommt, daß das Militär an seinem Führungsanspruch unverändert festhält und bislang nicht willens ist, die Macht mit der Opposition zu teilen. Auch der von einzelnen DAB-Mitgliedern propagierte "dritte Weg", d.h. der Versuch, das birmanische Regierungssystem analog dem thailändischen schrittweise und unter Anerkennung von Mitspracherechten des Militärs zu liberalisieren⁶⁹, dürfte derzeit kaum große Erfolgsaussichten besitzen. Zu gravierend sind die Strukturdefizite, die einem Übergang zu offeneren Formen der Willensbildung entgegenstehen: das Fehlen ausreichend legitimierter Institutionen, die an die Stelle der derzeitigen Despotie treten könnten, ein hohes Gewaltpotential, ungünstige ökonomische und sozial-strukturelle Verhältnisse, verhärtete ethnische Gegensätze und das hartnäckige Fortleben autoritärer hinduistisch-brahmanischer Herrschaftskonzepte lassen die politische Zukunft Birmas in einem eher düsteren Lichte erscheinen. Wie die Beispiele Pakistan und - nun auch immer mehr - die Philippinen verdeutlichen, sind politische Turbulenzen und Rückfälle in autoritäre Regierungsformen auch bei einer temporären Lockerung der rigiden Militärherrschaft unter diesen Vorzeichen fast unausweichlich.

69 Interview mit einem Vertreter der Democratic Alliance of Burma am 22.8.1990.